

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
 Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 RM.;  
 bei freier Befüllung durch den Briefträger  
 ins Haus 18 Pf. mehr.  
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
 vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
 (Vorsitz: Dunder)  
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
 Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 20 Pf.  
 Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
 Redaktion und Expedition:  
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 37.

Berlin, Sonnabend, 7. Mai 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Preisbewegung der hauptsächlichsten Lebensmittel im Jahre 1909. — Zum Verbandstage. — Einige Worte zur Förderung des Vereinslebens. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

### Preisbewegung der hauptsächlichsten Lebensmittel im Jahre 1909.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Preise für die notwendigen Lebensmittel in letzter Zeit eine steigende Tendenz zeigen und vielfach so hoch gegangen sind, daß die Arbeiter auf gewisse Nahrungsmittel gänzlich verzichten mußten. Sie verpürten also die Teuerung deutlich am eigenen Leibe. Es kann aber auch nichts schaden, wenn einmal an der Hand amtlichen Zahlenmaterials die herrschenden Teuerungsverhältnisse beleuchtet werden. Dazu bietet eine Zusammenstellung in der letzten Nummer des „Reichsarbeitsblatt“ Gelegenheit. Aus einer Anzahl von Tabellen über die Fleischpreise in 10 deutschen Großstädten geht hervor, daß für Breslau bei Rind- und Schweinefleisch am Ende des Jahres 1909 ein Steigen der Marktpreise von 1,73 auf 1,80 Mark, bzw. 1,54 auf 1,81 Mark pro Kilogramm zu beobachten war. Ebenso sind die Preise für Schweinefleisch in Berlin und Hannover seit Oktober ganz wesentlich höher geworden. Verhältnismäßig gleichartig gestalten sich die Fleischpreise in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres in Mannheim, während andererseits in Hannover, Kiel und Straßburg i. E. von Monat zu Monat recht wesentliche Schwankungen für alle Fleischpreise aufweisen.

Für 50 preussische Berichtsorte stellen sich im Wochenburchschnitt in den einzelnen Vierteljahre des Jahres 1909 die Preise im Kleinhandel für 1 Kilogramm folgendermaßen:

Zu Wochenburchschnitt des	Rindfleisch Pfg.	Kalb- fleisch Pfg.	Hammel- fleisch Pfg.	Schweine- fleisch Pfg.	Hog- fleisch Pfg.
I. Vierteljahrs 1909	154	172	168	155	78
II. " 1909	155	174	165	155	75
III. " 1909	156	174	169	163	75
IV. " 1909	156	176	166	170	75
Jahres 1909	155	174	166	161	74

Hiernach ist vom ersten bis vierten Vierteljahre bei allen Schlachtwiehgattungen eine Aufwärtsbewegung der Kleinhandelspreise wahrzunehmen, die beim Schweinefleisch und Kalbfleisch am bedeutendsten war.

Im Vergleiche zu den Vorjahren stellte sich der Mittelpreis aus den verschiedenen Marktorten für einige Fleischarten folgendermaßen:

Fleischgattung	Kleinhandelspreise für 1 kg in Pfennigen			
	1906	1907	1908	1909
Rindfleisch, Keule	162	162	158	168
Rindfleisch, Bauch	138	138	134	134
Schweinefleisch	169	151	151	161
Kalbfleisch	165	164	160	174
Hammelfleisch	159	162	159	166

Danach sind im Jahre 1909 mit Ausnahme von Rindfleisch (Bauch) die Kleinhandelspreise recht erheblich gegen die Vorjahre gestiegen: für Hammelfleisch um 7 Pfg., für Rindfleisch (Keule) und Schweinefleisch um 10 Pfg., für Kalbfleisch sogar um 14 Pfg. für das Kilogramm.

Für Baden ergaben sich in den letzten vier Jahren im Durchschnitte von 60 Marktorten folgende Fleischpreise:

	Kleinhandelspreise für 1 kg in Pfennigen			
	1906	1907	1908	1909
Ochsenfleisch	162	166	164	165
Rindfleisch	155	160	157	157
Kalbfleisch	129	131	130	132
Kalbfleisch	169	170	168	170
Hammelfleisch	159	163	163	163
Schweinefleisch, frisch	108	157	157	168
Schweinefleisch, gedörrt	214	210	204	211

Im Durchschnitte sind also in den letzten 2 Berichtsjahren — bis auf Rindfleisch und Hammelfleisch, die ihren Preis behielten — alle Arten von Fleisch um 1 bis 7 Pfg. auf das Kilogramm teurer geworden. Frisches Schweinefleisch ist sogar um 11 Pfg. im letzten Jahre gestiegen.

Wie schwer die Belastung der Bevölkerung durch die hohen Preise ist, läßt sich erst erkennen, wenn man die Ergebnisse der Schlachtwieh- und Fleischbeschau mit in Betracht zieht. Nun hat sich die Zahl der Schlachtungen bei allen Tierarten mit Ausnahme der Schweine nicht unwesentlich erhöht, und zwar von 1908 auf 1909 am stärksten bei den Jungkühen (12,92 v. S.), Pferden und andern Einhufern (10,28 v. S.) und Säugen (8,64 v. S.). Bei Kühen betrug die Zunahme 8,09 v. S., bei den Kälbern 8,06 v. S., bei den Bullen 7,56 v. S., bei den Ochsen 7,21 v. S.; bei den Schweinen ist dagegen eine Abnahme von 5,92 v. S. zu verzeichnen.

Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, stellt sich das Ergebnis der gewerblichen Schlachtungen im Jahre 1906 auf 37,60, 1907 auf 40,98, 1908 auf 41,55 und 1909 auf 41,34 Kilogramm Fleisch insgesamt. Das Quantum ist also gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen. Nun müssen aber auch die Hauschlachtungen (etwa 9,16 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung) hinzugezogen und andererseits das als genussuntauglich beiseitigte Fleisch (0,19 Kilogramm pro Kopf) abgezogen werden.

Um den Gesamtverbrauch zu berechnen, ist ferner noch die Mehreinfuhr an frischem und zubereitetem Fleische sowie an Fleischwaren und Speisefetten hinzuzufügen. Sie betrug (auf den Kopf der Bevölkerung):

im Jahre 1906	3,86 Kilogr.
" " 1907	2,98 "
" " 1908	2,73 "
" " 1909	2,65 "

Danach läßt sich die Entwicklung des Gesamtverbrauchs an in- und ausländischem Fleische, wie folgt, annähernd berechnen:

Jahr	Gewerbliche Schlachtungen	Hausschlachtungen	Mehreinfuhr	Gesamtverbrauch abzüglich des ungenussbar gemachten Fleisches
	kg	kg	kg	kg
1906	37,60	9,16	3,86	50,48
1907	40,98	9,16	2,98	52,98
1908	41,55	9,14	2,73	53,25
1909	41,34	9,6	2,65	52,96

Während im Jahre 1908 der Gesamtverbrauch an Fleischwaren eine Steigerung aufwies, hat er im Jahre 1909 einen Rückgang erfahren.

Da das Gewicht von Schweinefleisch rund die Hälfte des gesamten Fleischbedarfs ausmacht, soll die Entwicklung des Schweinefleischverbrauchs noch besonders angegeben werden. Pro Kopf der Bevölkerung ergab sich aus gewerblichen und Hauschlachtungen:

im Jahre 1906	26,86 Kilogr.
" " 1907	30,78 "
" " 1908	30,55 "
" " 1909	28,94 "

Hierzu tritt die Mehreinfuhr an Schweinefleisch einschließlich Schweinefett, so daß sich nach Abzug von 0,03 Kilogramm auf den Kopf als genussuntauglich beiseitigten Schweinefleisches die folgende Entwicklung des Gesamtverbrauchs an Schweinefleisch auf den Kopf der Bevölkerung ergibt:

im Jahre 1906	29,28 Kilogr.
" " 1907	32,52 "
" " 1908	32,35 "
" " 1909	30,58 "

Es hat demnach im Jahre 1909 eine Abnahme des Verbrauchs von Schweinefleisch um mehr als 1% Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung stattgefunden, während die Abnahme für das Jahr 1908 nur 0,17 Kilogramm betrug.

Bei den übrigen Nahrungsmitteln lassen sich mit Genauigkeit die Mengen nicht feststellen, welche auf den Kopf der Bevölkerung zur Verzehrung gelangten. Bei denjenigen Nahrungsmitteln, bei denen eine Verbrauchsrechnung möglich wäre, wie z. B. bei Kartoffeln und Weizen, spielt wiederum die Verwendung zu gewerblichen Zwecken (Brennerei, Brauerei, Stärkefabrikation) eine bedeutende Rolle, ohne daß es möglich ist, ihre Bedeutung zahlenmäßig zu erfassen. Man muß sich also hier mit der Preisbewegung begnügen, ohne sie mit dem Verbrauch in Verbindung stellen zu können. Sieht man sich die Kleinverkaufspreise der Kartoffeln in den Städten Breslau, Berlin, Hannover, Kiel, Aachen, Stuttgart an, so findet man sehr erhebliche Unterschiede. In Breslau stieg der Preis pro Kilogramm von 6 Pfg. im Januar auf 11 Pfg. im Juli, um dann auf 6 Pfg. im Dezember zu sinken. Für Berlin ging die Bewegung von 7 Pfg. auf 11 Pfg. und zurück auf 6 Pfg. Für Hannover waren die entsprechenden Preise 7, 11, 8 Pfg.; für Kiel 9, 16, 10 Pfg.; für Aachen 9, 15, 8 Pfg.; für Stuttgart 7, 10, 9 Pfg. Ueberall wies der Juli die höchsten Preise auf.

Die Preise für Butter stiegen vom Anfang bis Ende des Jahres 1909 pro Kilogramm in Breslau von 2,52 auf 2,60 Mark, in Berlin von 2,55 auf 2,80, in Hannover von 2,55 auf 2,95, in Kiel von 2,42 auf 2,92, in Aachen von 2,60 auf 2,76, in Stuttgart von 2,60 auf 2,65. Diese Preischwankungen werden noch größer dadurch, daß in Hannover, Kiel und Stuttgart zeitweise noch höhere Preise herrschten als am Ende des Jahres.

Für Bayern ergaben sich nach dem Durchschnitt aus 69 Marktorten in den letzten drei Jahren folgende Durchschnittspreise (in Pfennigen):

	1907	1908	1909	
				1907
1/2 kg Roggenbrot	Pfg.	15	16	16
50 Kartoffeln	"	809	277	297
1 Liter Milch	"	17	18	18
1/2 kg Butter	"	109	112	116
Eier	Stück für 1 Mk.	16	16	14
1/2 kg Roggenmehl, fein	Pfg.	17	17	17
" " gewöhnlich	"	15	16	16
" " Weizenmehl, fein	"	21	22	23
" " gewöhnlich	"	18	19	20
" " Schmalz	"	112	14	121

Mit Ausnahme von Roggenbrot, Milch, feinem und gewöhnlichem Roggenmehl, die ihren Preis behalten haben, sind hiernach die übrigen aufgeführten Nahrungsmittel im Jahre 1909 teurer gewesen als im Vorjahre.

In Baden stellten sich im Durchschnitt aus 60 Marktforten die Kleinhandelspreise für 1 Kilogramm, in Pfennigen ausgedrückt, folgendermaßen:

	1907	1908	1909
Weizenmehl N. 1	39	41	42
Roggenmehl N. 1	32	35	35
Brot, bessere Sorte	30	33	33
" gangbarere Sorte	27	29	30
" geringere Sorte	24	27	28
Speck, frisch	158	156	167
Speck, geräuchert	215	209	214
Schweinefleisch	182	176	181
Butter, Tafel-	225	228	231
" Land-			
Eier	10 Stück	80	84
Milch	1 Liter	18	19

Die Preise für Roggenmehl Nr. 1 sowie für Brot, bessere Sorte, sind unverändert geblieben, billiger ist keines der angeführten Nahrungsmittel geworden, dagegen sind die Preise für Eier, Speck und Schweinefleisch recht erheblich gestiegen.

Und diese allgemeine Teuerung herrscht zu einer Zeit, in der sich die Nachwirkungen einer schweren wirtschaftlichen Krise noch mit aller Schärfe fühlbar machen: Wollen die Arbeiter eine allzu starke Verschlechterung ihrer Lebenshaltung vermeiden, so müssen sie sich zu starken Organisationen zusammenschließen, um in die Lage zu kommen, ihre Einkommensverhältnisse zu verbessern. Aber auch der Zusammenschluß zu Konsumvereinen ist ein Mittel, um auf dem Wege der genossenschaftlichen Selbsthilfe das Haushaltsbudget zu entlasten. Mögen obige Zahlen im Kampfe gegen den Indifferentismus gute Dienste leisten!

### Zum Verbandstage.

In der Nummer 28 des „Gewerkverein“ macht Kollege Wolf-Stettin den Vorschlag, die kleineren Gewerksvereine mit dem Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter zu verschmelzen zwecks erfolgreicherer Agitation. Bei dieser Gelegenheit hat der Kollege die Lebenswürdigkeit, auch unseren Gewerkverein der graphischen Berufe und Maler mit zu den verlorenen Söhnen zu rechnen. Inzwischen haben sich auch schon Kollegen gefunden, die diesen Vorschlag mit Freuden begrüßen. Ich erlaube mir, etwas anderer Meinung zu sein, und nicht ganz ohne Grund. Erst vor kurzer Zeit haben wir, dank unserer umsichtigen Leitung und nicht zum wenigsten unseres Agitationsbeamten, erreicht, daß unser Gewerkverein bei den Tarifverhandlungen im Malergewerbe als gleichberechtigt anerkannt worden ist. Anerkannt als gleichberechtigt sind wir ferner bei den Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe. Weides, hoffe ich, wird uns in Zukunft reiche Früchte tragen. Unsere Vermögenslage ist ebenfalls günstig, und ich sehe nicht ein, warum wir nicht auf eigenen Füßen stehen sollen.

Der ganze Vorschlag widerspricht unserer Prinzip der Berufstrennung ganz und gar. Auf der einen Seite ist man in den letzten Jahren und erfreulicherweise mit bestem Erfolge bestrebt gewesen, neue Berufsgewerksvereine zu gründen. Ich erwähne nur die Brauer, Gärtner, Eisenbahner, Steinarbeiter, Handelshilfsarbeiter usw. Auf der anderen Seite kommen nun aber Vorschläge, alles in einen Topf zu werfen und unter der Firma „Fabrik- und Handarbeiter“ ein beschauliches Dasein führen zu lassen. Welche Perspektive aber eröffnet sich dann in Zukunft unseren Lithographen, Buchdruckern, Schriftsetzern, Musterzeichnern, Dekorations- und sonstigen Malern usw. bei der Agitation unter den Berufscollegen, wenn sie in Zukunft sich zu den Fabrik- und Handarbeitern rechnen dürfen? Ob dann überhaupt noch eine Agitation im Beruf möglich ist? Ich bezweifle es stark, denn „so'n bißchen Berufsstolz“ hat wohl jeder. Würde es nicht vorteilhafter sein, wenn der Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter, übrigens ein sehr dehnbarer Begriff, einmal sortieren würde? Ich glaube, neben den größeren würden auch die kleineren Gewerksvereine ein gut Teil Mitglieder erhalten müssen. Der Rest könnte dann unter der Firma „Transportarbeiter“ eine erfolgreiche Agitation in die Wege leiten.

Würde der Vorschlag des Kollegen Wolf zur Wirklichkeit, so müßte der Gewerkverein den Titel „Gemischte Berufe“, was er ja dann auch in Wirklichkeit wäre, erhalten, und damit würde die ganze Frage der Berufstrennung illusorisch gemacht.

Im Gegenzug dazu würde ich es allerdings empfehlen, wenn in allen Orten unseres deutschen Vaterlandes, wo die Gewerksvereine überhaupt noch nicht vertreten sind — und solcher Orte gibt es leider sehr viele —, vorerst versucht würde, Ge-

werksvereine gemischter Berufe zu gründen, deren Leitung zunächst der Zentralrat übernehmen müßte. Finden sich dann in einem solchen gemischten Verein mit der Zeit, sagen wir zehn Mitglieder eines Berufes zusammen, so treten dieselben als selbständiger Ortsverein in die betreffende Berufsorganisation mit vollen Rechten ein. Auf diese Weise müßte es in kürzerer Zeit gelingen, überall Fuß zu fassen.

Ich fasse meine Ansichten zum Schluß dahin zusammen: Entweder wir lassen alles beim alten, gründen möglichst noch mehr neue Berufsgewerksvereine, machen es allen Mitgliedern zur Pflicht, bei ihrer Agitation auch an die kleinen Gewerksvereine zu denken und für deren größere Ausbreitung Sorge zu tragen. Oder wir lassen das starke Festhalten an der Berufstrennung ganz und nehmen an Mitgliedern auf, was uns in die Hände kommt. Also keine einseitige Verschmelzung!

Paul Wagner - Chemnitz.

### Einige Winke zur Förderung des Vereinslebens.

Wer Gelegenheit gehabt hat, die Entwicklung verschiedener Vereine und Organisationen zu beobachten, der wird auch herausgefunden haben, wo die Ursachen liegen, daß ein Verein sich gut entwickelt, ein anderer immer auf demselben Fleck stehen bleibt, ein dritter sogar zugrunde geht. In unseren Gewerksvereinen ist die Vorbedingung für eine gedeihliche Fortentwicklung, daß Ortsverband und Ortsvereine Hand in Hand arbeiten. Zwischen beiden muß ein enger Zusammenhang bestehen, und vor allem muß es der Ortsverbandsvorstand als seine Aufgabe ansehen, sich um die einzelnen Vereine zu kümmern und sie, wo es nottut, mit Rat und Tat zu unterstützen. Aber auch die Ortsverbandsversammlungen selbst müssen so gestaltet sein, daß sie für jedes Gewerksvereinsmitglied Interesse bieten und zahlreich besucht werden. Sollen doch in den Ortsverbandsversammlungen die allgemeinen und die örtlichen Fragen zur Erledigung gelangen. Ein großer Fehler ist es deshalb, wenn man sich in diesen Ortsverbandsversammlungen, wie dies leider nur allzu oft geschieht, mit allen möglichen Kleinigkeiten beschäftigt oder sie gar zum Zummelpfad persönlicher Streitigkeiten macht. Da im Jahre meist nur wenige Ortsverbandsversammlungen stattfinden, so muß man auch darauf bedacht sein, sie gehörig auszunützen. Funktioniert der Ortsverbandsapparat gut, dann wird man dies auch in den einzelnen Ortsvereinen sehr bald merken. Ihre Entwicklung schreitet vorwärts, und selbst wenn der Ortsverband über eine kleine Mitgliederzahl verfügt, wird man wenigstens das erreichen, daß der Name der Deutschen Gewerksvereine in der Öffentlichkeit einen guten Klang hat und man unserer Organisation die Achtung und Anerkennung entgegenbringt, die ihr gebührt.

Man soll aber nach diesen Ausführungen nicht glauben, daß die Ortsvereine nichts mehr zu tun hätten. Das wäre ein verhängnisvoller Irrtum; denn zu einem gedeihlichen Vorwärtsschreiten gehört unendlich viel Arbeit. Die nächstliegende Aufgabe der Ortsvereine muß sein, daß sie in den Ortsverband nur solche Kollegen als Vertreter entsenden, die auch ernstlich gewillt sind, mitzuarbeiten und die Pflichten zu erfüllen, die ihnen übertragen werden. Dann aber muß der Ortsverein dafür sorgen, daß zu jeder Zeit ein tüchtiger Vorstand an seiner Spitze steht. Wer ein Amt als Vorstandsmitglied annimmt, der muß darin eine Ehre erblicken und gleichzeitig einen Ansporn, sich durch rege und rastlose Arbeit der Auszeichnung und des Vertrauens würdig zu zeigen. Von ihm muß deshalb auch verlangt werden, daß er an jeder Sitzung teilnimmt, sowohl im Ausschuß als auch im Ortsverein selbst. Denn gerade in den Ausschußsitzungen werden oft die wichtigsten Fragen erörtert und die Aufgaben vorbereitet, die der Ortsverein erledigen soll. Wer mitten im Vereinsleben steht, weiß am besten zu beurteilen, was eine gute Tagesordnung bedeutet. Wird also in den Ausschußsitzungen mit dem richtigen Ernst gearbeitet, so kann auch der Erfolg für die Versammlungen nicht ausbleiben, in denen selbstverständlich der Vorstand wiederum vollständig vertreten sein muß. Dadurch wird erstens zu erkennen gegeben, daß der Vorstand selbst die Sitzungen für wichtig genug hält, dann aber bekommen auch die Mitglieder selbst ein gutes Vorbild und werden nur selten eine Versammlung versäumen.

An Beratungsstoff kann es niemals fehlen. Die öffentlichen Tagesfragen können und müssen in den Vereinsitzungen erörtert werden. Sehr zweckmäßig ist es, wenn irgend ein redogewandter Kollege dazu eine kurze Einleitung gibt. Auch die Vorgänge in der Arbeiterbewegung müssen beob-

achtet und besprochen, die Angriffe der Gegner zurückgewiesen werden. In den ländlichen Ortsvereinen, wo die Presse schlecht vertreten ist und es häufig auch an rednerischen Kräften unter den Kollegen fehlt, wird die Durchführung dieser Aufgaben natürlich schwieriger sein. Hier bietet der „Gewerkverein“ und die übrigen Fachblätter Material in ausreichendem Maße zur Unterstützung. Naturgemäß muß auch hier die Agitation etwas anders betrieben werden als in großen Industrieorten. Der Vorstand muß entlastet werden; alle Mitglieder müssen mehr mit zur Arbeit herangezogen werden. Wo es angeht, empfiehlt es sich, einen Agitationsleiter anzustellen, dem natürlich eine, wenn auch nur geringe Entschädigung für seine Auslagen und Bemühungen gewährt werden muß. Man muß aber bei solchen Verjahren vorsichtig sein und nicht gleich allzu hoch hinauswollen, sondern erst abwarten, ob der betreffende Kollege sich für das Amt eignet und das ihm von seinen Vereinsbrüdern geschenkte Vertrauen rechtfertigt.

Man soll aber daraus nicht schließen, daß die Mitglieder selbst keine Pflichten hätten. Auch der tüchtigste Vorstand kann nichts leisten, wenn er alles allein ausführen muß und die Mitglieder nicht hinter sich hat. Jeder einzelne in unserer Organisation hat wie der Soldat im Beere seinen Posten auszufüllen. Jeder muß nach besten Kräften und Fähigkeiten für die Organisation arbeiten. Mit seiner ganzen Persönlichkeit muß er zu jeder Zeit für unsere Sache einstehen. Er muß Mitglieder zu werben suchen, aber auch daran denken, daß er an jeder Veranstaltung regen Anteil zu nehmen und zu erscheinen hat. Arbeitet der ganze Apparat in diesem Sinne, so kann und wird der Erfolg sicherlich nicht ausbleiben. Wir werden an Mitgliedern gewinnen; die Mitglieder werden aber auch besetzt sein von dem richtigen Geiste, von dem eine Organisation durchdrungen sein muß, und der auch uns zu größeren Erfolgen führen wird.

G. L. Profen.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 6. Mai 1910.

Gegen die Reichsversicherungsordnung haben, wie das „Berl. Tzbl.“ mitteilt, auf Anregung der medizinischen Fakultät der Universität Jena fast alle medizinischen Fakultäten Deutschlands eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, die über 150 Unterschriften ordentlicher Professoren enthält, auf die Gefahren der neuen Gesetzgebung aufmerksam macht und die Solidarität der akademischen Lehrer mit den Wünschen der Ärzteschaft erklärt, wie sie der Berliner Arztetag und Dr. Mugdan im Reichstage ausgesprochen haben.

Den Forderungen der Ärzte ist schon in dem neuen Entwurfe weitgehendes Entgegenkommen gezeigt worden; trotzdem versuchen sie diesen neuen Ansturm. Wir können den Herren durchaus, daß ihre berechtigten Wünsche Gehör finden. Vor allen Dingen aber sollte die Reichsregierung etwas mehr Verständnis für die Forderungen der Arbeitererschaft an den Tag legen, die doch an der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung naturgemäß am lebhaftesten interessiert ist.

Der Gewerkverein der Holzarbeiter hat nach einem Artikel in der „Eiche“ auch im Jahre 1909 schwer zu kämpfen gehabt. Erfolgreicherweise aber ist es ihm geglückt, diese Kämpfe nicht nur zu überwinden, sondern auch gestärkt aus denselben hervorzugehen. Namentlich die finanziellen Verhältnisse können unter Berücksichtigung der Nachwirkung der Krise als durchaus günstig angesehen werden. An Arbeitslosenunterstützung wurden 32 736,15 Mark gezahlt, das sind nur rund 540 Mark weniger als im Vorjahre. Die Streikunterstützung beanpruchte 7155,40 Mark, also über 1100 Mark weniger als 1908. In diesen Zahlen spiegelt sich deutlich die schlechte Konjunktur des abgelaufenen Jahres wider. Zurüdgegangen ist auch die für Reise- und Wanderschaftsunterstützung gezahlte Summe, die 1679,38 Mark betrug. An Rechtschutz wurde gezahlt 784,64 Mark, an Notstandsunterstützung und Beitragsabtempelung 5534,98 Mark, an Krankenunterstützung 42 133,01 Mark, an Begräbnisgeld 8847 Mark. Die gesamten ausgezahlten Unterstützungen machen die ansehnliche Summe von 100 453,85 Mark aus. Das Vermögen aller Kassen stieg im Berichtsjahre von 240 537,03 Mark auf 255 422,29 Mark, wobei zu bemerken ist, daß der größte Teil der Vermögenszunahme auf die Gewerksvereinskasse entfällt.

Dieses Moment muß besonders beachtet werden, denn in den wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart spielt nicht allein die Zahl der Kämpfer eine Rolle, sondern vor allen Dingen auch die finanzielle Leistungsfähigkeit. Trotz des günstigen Abchlusses dürfen denn auch die Kollegen vom

# Gewerkvereiner, übt Solidarität und unterstützt die ausgesperrten Bauarbeiter schnell und reichlich!

Gewerkverein der Holzarbeiter für die Zukunft die Hände nicht müßig in den Schoß legen, sondern müssen darauf bedacht sein, neben der Gewinnung neuer Mitglieder auch ihre Kasse zu stärken. Wie notwendig das ist, zeigt der gegenwärtige Kampf im Baugewerbe, und die Scharfmacher im Holzgewerbe sind um keinen Deut besser als jene.

**Neues aus der Berliner Konfektion.** Die Konfektionschneider in Deutschland haben in den letzten Jahren in ihren Bestrebungen zur Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gute Erfolge zu verzeichnen gehabt. Die Lohnbewegungen, die sie geführt haben, sind zum größten Teile zugunsten der Arbeiter ausgefallen. Selbst von den Unternehmern inszenierte monatelange Aussperrungen nahmen einen für die Arbeiter günstigen Verlauf. Die Berliner Konfektionäre scheinen nun eine andere Taktik zur Niederringung der Arbeiterforderungen einschlagen zu wollen. Sie haben an den Handelsminister eine Eingabe gerichtet, worin sie um Zulassung von russisch-polnischen Konfektionsarbeitern nach Berlin ersuchen. Zum Verständnis dieses Vorgehens sei hervorgehoben, daß zurzeit gewerbliche Arbeiter russisch-polnischer Nationalität nur in den vier östlichen Provinzen beschäftigt werden dürfen. Die Konfektionäre begründen ihre Forderung mit der Behauptung, daß zu wenig einheimische Arbeitskräfte vorhanden seien und die Konkurrenzfähigkeit der Berliner Konfektionsindustrie darunter leiden müsse. In Wirklichkeit aber weiß jeder Eingeweihte, daß es den Konfektionären nur darum zu tun ist, den Berliner Arbeitsmarkt mit Arbeitskräften zu überschwemmen, um so leichter die in der Konfektion so beliebten Lohnreduzierungen vornehmen zu können. Diese Taktik dünkt den Unternehmern erfolgreicher als der offene Kampf gegen die Arbeiter. Der Hauptvorstand unseres Gewerksvereins der Schneider hat nun in seiner Sitzung am 2. Mai eine Begeneingabe an den Minister für Handel und Gewerbe beschlossen, worin in zutreffender Weise alle Gründe gegen die Zulassung russisch-polnischer gewerblicher Arbeiter nach Berlin angeführt sind. Wir hoffen, daß diese Eingabe von Erfolg gekrönt ist und somit die famose Taktik der Konfektionäre gegen die ohnehin schon schlecht entlohnten Konfektionschneider zu schanden wird.

**Arbeiterbewegung.** Der Streik der Malergefellen in Finsterwalde ist noch immer nicht beigelegt. Es haben allerdings Verhandlungen zwischen den Meistern und den Gesellen stattgefunden, die aber noch kein Resultat gezeitigt haben, da die Meister erklärten, in diesem Jahre keine Zulage bewilligen zu können. — In Schönheide a. E. haben die Steinseker und Kammer einen Streik erfolgreich durchgeführt, indem sie eine erhebliche Erhöhung des Tageslohnes erzielten. — Der Streik in der Leitergerüstbauanstalt von Altmann in Charlottenburg dauert noch fort. Leider fehlen auch fast täglich Zusammenstöße zwischen Streikenden und Arbeitswilligen wieder. — Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind die Dachecker ausgesperrt worden, um sie zur Anerkennung eines von den Unternehmern ausgearbeiteten Vertragsmusters zu zwingen. — In Frankfurt a. M. befanden sich seit längerer Zeit die Bäckergefelln in einer Bewegung, die schließlich zur Verhängung des Boykotts führte. Die Differenzen sind nunmehr beigelegt und der Boykott wieder aufgehoben worden.

In Dünkirchen sind die Bauarbeiter in den Ausstand getreten; auch andere Kategorien haben sich ihnen angeschlossen. Im Verlaufe der Bewegung ist es zu schweren Ausschreitungen der Streikenden gekommen, so daß Militär einschreiten mußte und neue Verhaftungen nach Dünkirchen entandt werden sollen. — Ein schwerer Kampf droht in der englischen Baumwollindustrie auszubrechen. Der Verband der Baumwollspinnereibesitzer will durchaus eine hundertprozentige Lohnherabsetzung durchführen, womit natürlich die Arbeiter nicht einverstanden sind. Es hat deshalb eine Beschredung zwischen Vertretern beider Parteien stattgefunden, die jedoch ergebnislos verlief. Wie es heißt, wollen die Unternehmer, wenn sich die Arbeiter nicht noch in letzter Stunde fügen, ihnen mit vierwöchentlicher Frist kündigen. — Die Ausstandsbewegung in dem belgischen Kohlenrevier hat an Ausdehnung noch zugenommen. Viele Tausende von Arbeitern feiern,

und es ist nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Streike in den Kampf hineingezogen werden.

**Sozialdemokratische Kampfesweise.** Die sozialdemokratische Magdeburger „Volksstimme“ bringt unter der Ueberschrift „Die Dirich-Dunderdungen“ eine Notiz, in der dem Ortsverein Magdeburg der deutschen Bauhandwerker der Vorwurf gemacht wird, er vermittele während der Bauarbeiteraussperrung Streikbrecher. Die „Volksstimme“ hat sich da von irgend einem Märchen-erzähler etwas jagen lassen, der wohl die Glocken läuten hörte, aber nicht weiß, wo sie hängen. Vom Bureau des Dirich-Dunderdungen Gewerksvereins, so schreibt das Blatt, würden Maurer und Bauhilfsarbeiter vermittelt. Kommt jemand, so wird er gefragt: „Sind Sie organisiert?“ Lautet die Antwort: „Im Zentralverbande“, so bekommt der Betreffende keine Arbeit. Ist der Maurer nicht organisiert, so bekommt er einen Brief, an den betreffenden Unternehmer. ... Die Diriche versuchen, die Notlage der Aussperrten auszunutzen und den Organisierten ihr Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Diese Notiz, die nun sicherlich den ganzen sozialdemokratischen Blätterwald durchwehen wird, können wir nicht unüberprüfbar lassen, denn es handelt sich dabei um eine aus den Fingern gelogene freche Verleumdung der Gewerksvereine.

In Wirklichkeit verhält sich die Sache so: Als der Vorstand des Arbeitgeberbundes die Schließung der Geschäfte beschloß, bemühte sich in Magdeburg Herr Stadtrat Schöls in mehrtägiger Verhandlung mit den Vertretern der Unternehmer und des Zentralverbandes eine Grundlage zur Verständigung zu schaffen, der die beteiligten Vertreter zustimmten. Vereinbart wurde, daß der Vertrag auf drei Jahre abgeschlossen werden und den Arbeitern eine Lohnherabsetzung von 5 Pfg. pro Stunde erlassen sollte. Die sozialdemokratischen Verbände haben dieser Vereinbarung zugestimmt. Für die Gewerksvereiner, die man bei diesen Verhandlungen wie gewöhnlich nicht kannte, blieb nichts weiter übrig, als sich diesen Abmachungen anzuschließen. Dies wurde in einer gut besuchten Versammlung beschlossen.

Für die „Genossen“ sowohl, als auch für die Gewerksvereiner wäre somit die Bewegung zu Ende gewesen, hätte nicht der Vorstand des Arbeitgeberbundes in Berlin eine andere Stellung zu den Abmachungen eingenommen. Er erklärte nämlich, den getroffenen Vereinbarungen nicht zustimmen zu können. Die Folge war, daß die Unternehmer in Magdeburg ihre Jugeständnisse zurückzogen und am 15. April sämtliche Arbeiter, die in den sozialdemokratischen Verbänden organisiert sind, aussperrten. Alle übrigen Arbeiter durften weiter arbeiten.

Auch zu diesem Vorgehen der Unternehmer haben unsere Mitglieder sofort Stellung genommen und beschlossen, überall dort weiter zu arbeiten, wo der bereits bewilligte Stundenlohn bezahlt wird. In mehreren Geschäften wurde uns dies zugesichert, so daß unsere Kollegen absolut keine Veranlassung hatten, nur den Zentralverbändlern zuliebe, die uns während der ganzen Bewegung unbeachtet gelassen hatten, die Arbeit niedezulegen. Für uns ist die Bewegung in denjenigen Betrieben, in denen der bewilligte Stundenlohn bezahlt wird, durchaus erledigt, und diesen Betrieben steht auch unser Arbeitsnachweis zur Verfügung. Damit haben wir uns nur das zu eigen gemacht, was wackelnde Verbändler vereinbart und gutgeheißen haben. Wenn zwei Arbeitgeber uns den Auftrag erteilen, ihnen keine Zentralverbändler zu senden, so kann daraus uns noch lange nicht der Vorwurf gemacht werden, daß wir den „Genossen“ ihr Koalitionsrecht rauben wollen, denn es sei gleichzeitig bemerkt, daß, als ein anderes Geschäft von uns nur Bauarbeiter verlangte, auch zwei Verbändler vermittelt wurden.

Es sei auch darauf hingewiesen, daß da, wo bisher eine Einigung zustande gekommen oder von der Aussperrung überhaupt abgesehen worden ist, die Zentralverbändler sämtliche „offene“ Stellen leeren, ganz gleich, ob eine Lohnherabsetzung eingetreten ist oder nicht. Selbst in Magdeburg arbeiten die „Genossen“ zu dem alten Tarif weiter, trotz entgegengesetzter Beschlüsse. Die „Volksstimme“ sollte sich also um den Dreck vor der eigenen Tür kümmern; da hat sie gerade genug mit zu tun.

Im übrigen täte man wohl besser daran, wenn in diesem Kampfe die Organisationen untereinander Solidarität übten und miteinander Fußfahung nähmen. Das hat man in Magdeburg bisher nicht

für notwendig gehalten; vielmehr findet die „Volksstimme“ Geschmack daran, auf die Gewerksvereine zu schimpfen. Damit dient man der Sache nicht, sondern man schädigt sie.

Mit aller Entschiedenheit muß auch der Vorwurf des Streikbruchs zurückgewiesen werden. Wir selbst sind fast in allen Orten durch die Ausschreitung in Mitleidenschaft gezogen und wissen ganz genau, was bei diesem Kampfe für die gesamte Arbeiterschaft auf dem Spiele steht. Es wäre also gegen uns selbst gewüet, wenn die Vorwürfe der „Volksstimme“ auf Wahrheit beruhten. Die Klatschbabe hat sich aber nur einen Wären aufbinden lassen, und wir verzichten darauf, uns wegen dieser Märchen in längere Diskussionen einzulassen. Was wir uns selbst und der Arbeiterschaft schuldig sind, das braucht uns die „Volksstimme“ nicht erst zu jagen. Möge sie den Sittenrichter in den eigenen Reihen spielen!

**Nachwehen des Butterboykotts.** Noch immer geben die Preise für Butter nicht unerheblich zurück. In den Marktberichten wird ausgeführt, daß der schwache Konsum nicht genüge, die Zufuhren aufzunehmen, so daß die Preise weiter zurückgehen müßten. In einem anderen Bericht heißt es, daß trotz der starken Preisrückgänge der Ablass nicht besser geworden und der Konsum noch immer äußerst schwach sei. Tendenz: sehr flau. Die größeren Geschäfte sind allerdings bemüht, die Preise nach Möglichkeit hoch zu halten; die kleineren aber haben die Preise um 10 bis 20 Pfg. pro Pfund herabsetzen müssen, um wenigstens etwas Umsatz zu haben.

Der Boykott hat also seine Wirkung nicht verfehlt. Diejenigen aber, die dazu beigetragen haben, die Preise künstlich in die Höhe zu treiben, werden jetzt erkennen, daß sie eine zweifelhafte Waffe angewandt haben. Manche Arbeiterfamilie wird sich während des Boykotts davon überzeugt haben, daß auch die Ertragsmittel für Butter durchaus schmachhaft und zuträglich sind, und künftig überhaupt auf den Genuß von Butter verzichten. Außerdem sei bemerkt, daß, wenn etwa verjucht werden sollte, die Preise wieder auf die frühere Höhe hinaufzutreiben, der Boykott mit verstärkter Schärfe wieder aufgenommen werden würde.

**Die Aussperrung im Baugewerbe dürfte keine wesentliche Aenderung erfahren haben.** Nach Nachrichten aus Unternehmerrreisen allerdings soll die Zahl der Aussperrten um rund 1000 gestiegen sein. Bedauerlich ist, daß die Einigungsverhandlungen in Breslau keinen Erfolg gehabt, sondern die Unternehmer beschlossen haben, gemäß den Dresdener Vereinbarungen die allgemeine Aussperrung vorzunehmen. Die Stimmung unter den Aussperrten ist vortrefflich, und allgemein glaubt man, daß der Kampf mit einem Siege der Arbeiter endigt. Das wird auch der Fall sein, wenn die gesamte organisierte Arbeiterschaft den Bauarbeitern hilfsreich zur Seite steht. Dazu ist sie umsomehr verpflichtet, als das Scharfmacherium die Sache der Bauunternehmer zu der seinigen gemacht hat. In einem Zirkular, das der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände kürzlich an seine Mitglieder versandt hat und in welchem zur materiellen Unterstützung der baugewerblichen Orts- und Bezirksverbände aufgefordert wird, heißt es:

„Eine Niederlage oder ein ungerechtfertigtes Nachgeben der Bauunternehmer würde das übrige Unternehmertum schwer schädigen und die Macht der Arbeiterorganisationen ungebührlich stärken. Auch würde eine weitere Erhöhung der schon beträchtlichen Bauarbeiterlöhne und eine weitere Verärgerung der Arbeitszeit im Baugewerbe auf große Streike der Exportindustrie nicht ohne schädigenden Einfluß bleiben.“

Bezeichnend ist auch ein Schreiben an die Kalk- und Ziegellieferanten, in welchem die Materialsperrre empfohlen wird. Darin findet sich folgender bezeichnende Passus:

„Es handelt sich nun darum, die Aussperrung, die natürlich im Interesse des gesamten Unternehmertums mit einem Siege der Arbeiterenden muß, möglichst abzulängen. Der geeignete Weg hierzu ist, daß seitens der Baumaterialienlieferanten während der Aussperrungszeit kein Material geliefert wird. Wir sind uns bewußt, daß wir Sie vor eine außerordentliche schwerwiegende Entscheidung stellen, nehmen aber an, daß Sie an einer Abfözung des Kampfes selbst ein so großes geschäftliches Interesse haben, daß Sie uns Ihre Hilfe nicht verjagen werden.“

